

CDU/0001/2026

Parteienantrag CDU

Az:

Datum: 21.05.2026

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Haupt- und Finanzausschuss	09.06.2026	Vorberatung	
Stadtverordnetenversammlung	25.06.2026	Entscheidung	

Gebührenfreie Nutzung von Infoständen an Markttagen durch demokratische Parteien und Wählergemeinschaften außerhalb von Wahlkampfzeiten

Beschlussvorschlag:

1. Demokratischen Parteien sowie Wählergemeinschaften mit Ortsgruppierung in Groß-Umstadt wird die Nutzung von Infoständen an Markttagen im Stadtgebiet außerhalb offizieller Wahlkampfzeiten grundsätzlich gebührenfrei ermöglicht.
2. Die gebührenfreie Nutzung gilt ausschließlich für politische Informations- und Dialogangebote ohne kommerziellen Charakter.
3. Die Verwaltung kann zur Gewährleistung eines geordneten Ablaufs organisatorische Vorgaben hinsichtlich Ort, Größe, Anzahl und Dauer der Infostände festlegen.

Begründung:

Infostände politischer Parteien und Wählergemeinschaften leisten einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Meinungsbildung und zum direkten Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie politischen Akteuren. Gerade außerhalb von Wahlkampfzeiten bieten sie eine niedrigschwellige Möglichkeit, kommunalpolitische Themen sichtbar zu machen, Anliegen aus der Bevölkerung aufzunehmen und den demokratischen Diskurs im öffentlichen Raum zu stärken.

Die Erhebung von Sondernutzungsgebühren stellt insbesondere für kleinere Parteien und Wählergemeinschaften eine finanzielle Hürde dar und kann die politische Teilhabe einschränken. Eine gebührenfreie Nutzung fördert daher Chancengleichheit und stärkt die demokratische Kultur vor Ort.

Da Infostände in der Regel keinen kommerziellen Zweck verfolgen, sondern der politischen Information und Beteiligung dienen, ist ihre privilegierte Behandlung sachlich gerechtfertigt. Gleichzeitig bleibt die Stadt durch organisatorische Vorgaben in der Lage, einen geordneten Ablauf der Markttage sicherzustellen und Nutzungskonflikte zu vermeiden.

Die vorgeschlagene Regelung trägt somit zu einer lebendigen kommunalen Demokratie und zur Förderung des politischen Engagements bei.